

Rieser Tageblatt

Druckanstalt
Tageblatt Riess,
Grenzstr. 20,
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gochsheim, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riess, des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1530.
Verleger:
Riess Nr. 22.

Nr. 248.

Donnerstag, 23. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Winterens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 6 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reflektierte 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kaffee, feste Texte, Beauftragter Redakt. erstellt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riess.

Die preussische Politik.

Die Rückkehr Severings und Grzesinski auf ihre alten Posten im preussischen Innenministerium und im Berliner Polizeipräsidium hat in politischen Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen. Selbst das Zentrum kann eine gewisse Überraschung nicht verbergen. Der jedoch die Entwicklung der letzten 10 Tage in Preußen im ganzen überblickt, sieht eine politische Linie von klarer Folgerichtigkeit, der auch der politische Gegner die Konsequenz nicht absprechen kann.

Das Programm dieser Politik hat Otto Braun in jenem "Vorwärts"-Artikel vom 12. Oktober formuliert, der unter der Schlagzeile "Die Partei marschiert!" zum Massenauftzug der Sozialdemokratie einen Tag vor Reichstagsbeginn erschien. Die deutsche Sozialdemokratie, hieß es darin, ist entschlossen, mit allen Mitteln den Staat zu verteidigen, der ihr die politische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse gebracht hat. Sie kämpft dagegen, daß auch nur der Versuch eines Rückzugs in faktische Diktaturhände gemacht wird. Allein die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände, die Parole der klaren Vernunft, des überlegten Denkens und des entschlossenen Willens, gewährleistet die Aufrechterhaltung der Demokratie.

Die Rede Brauns bei Eröffnung des Landtages schlug in dieselbe Kerbe. Damals schien es infolge der dauernden Störungsbereitschaft so, als ob der Ministerpräsident in die Verteidigung gedrängt wäre. In der Tat mußte er zunächst die parlamentarische Erledigung der Auflösungs- und Mißtrauensanträge und seiner Anträge der Opposition abwarten, durch die den nationalsozialistischen S.A.-Abteilungen und Beamten freie Bahn geschaffen werden sollte. Aber schon einen Tag nach der Ablehnung all dieser Vorwürfe schritt er sofort auf dem vorher betretenen Weg weiter. In Befolgung seiner Parole, mit allen Mitteln die ruhige Senierung der wirtschaftlichen und finanziellen Krisenzustände in Preußen und im Reich zu ermöglichen, setzte er die ersten persönlichen Reserven der Sozialdemokratie ein und zielte Severing und Grzesinski, dessen Ernennung unmittelbar bevorsteht, in die vorderste Front.

Durch dieses Vorgehen erfüllt auch die letzte Landtagsagung ihre eigentliche politische Beleuchtung. Sie war keine Tagung, in der wichtige Aufbaubarbeit geleistet, sondern in der angegriffen und verteidigt wurde. Allein die Beratung der neuen Berliner Stadtverfassung und die Einbringung von Anträgen für eine Wehrhilfe wiesen in die Zukunft. Ueber sie werden aber erst in den nächsten Sitzungen die entscheidenden Abstimmungen stattfinden.

Es ist selbstverständlich, daß gegenüber dieser eindeutigen preussischen Politik die Gegner auch weiterhin alle parlamentarischen Gegenmittel zur Anwendung bringen werden. Wenige Stunden nach der Ernennung Severings liegt schon das erste Mißtrauensvotum der Deutschnationalen gegen den neuen Minister vor. Und am Abend vorher meldete Dr. Goebbels in einer Massenversammlung noch einmal die nationalsozialistischen Ansprüche auf die umkämpften Posten des preussischen Innenministers und des Berliner Polizeipräsidenten an.

Aber auch diese neuen Angriffe gegen die Preußenfront werden aller Wahrscheinlichkeit nach Otto Braun auf dem Posten finden. Aber — und das ist gegenwärtig das Entscheidende — die Sicherheit seiner eigenen Stellung hängt gegenwärtig nicht mehr von ihm allein ab. Auch die größte Konsequenz der preussischen Politik läuft Gefahr, wenn sie nicht durch eine ähnliche Konsequente Politik im Reich begleitet wird. Der Reichler Braun verliert die Rückendeckung, wenn sein Sekundant Brüning nicht mit ähnlicher Entschlossenheit seine eigenen Aufgaben durchführt. Die Aufgabe zu einem solchen Vorgehen liegen zweifellos vor. Das Drahtverhaken der politischen Probleme im Reich ist aber ungesicherter. Bereits in den nächsten Tagen muß eine Entscheidung in dem Metallarbeiterkonflikt fallen. Wird es Brüning gelingen, hier einen Ausweg zu finden, der nicht die Richtung seines eigenen Wirtschafts- und Finanzprogramms bereits in der Anfangsphase verflüchtigt?

Nach hört man gewisses nur von der Lohnabbaunation. Noch bleibt völlig im Dunkel, wie eine durchgreifende Preisstabilisationsaktion, deren Wirkungen auch im einzelnen Haushalt spürbar werden, durchgeführt werden soll. Auch eine Regierung, die nicht schwagen, sondern handeln will, kann in dem gegenwärtigen Augenblick noch lange schweigen. Ein klares Wort ist in den nächsten Tagen dringend notwendig. Der preussische Ministerpräsident hat gesprochen und gehandelt. Es ist notwendig, daß auch der Reichskanzler handelt und spricht. Ganz Deutschland wartet auf seine Entscheidung.

Bis nachts 1 Uhr 248 Sate geborgen.

Middorf, 23. Oktober. Da nunmehr sämtliche Strecken freigelegt sind, wurden die Rettungs- und Aufräumungsarbeiten am Donnerstag um 1 Uhr früh für einige Stunden eingestellt. Die Zahl der bisher geborgenen Leichen beträgt insges. 148. 19 davon sind bei dem Einsturz des Fördererzuges 3 und Verwaltungsgebäudes ums Leben gekommen, 4 sind in Krankenhäusern gestorben und 225 wurden tot aus dem Schacht zu Tage gehoben. 25 noch Belegte im Schacht sind, läßt sich zur Zeit nicht feststellen, da von 225 aus dem Schacht befreiten Leuten nur 60 identifiziert sind.

Ein Bericht, daß eine Rettungsaktion, bestehend aus einem Steiger und 3 Mann, durch einen Zusammenbruch von Stollen verhindert und von der Außenwelt abgeschnitten sei, wird von der Leitungsstelle ausdrücklich dementiert.

Das Rätsel der Wsdorfer Grubentatastrophe.

Röln a. Rh. (Zuspruch). Der Reichstagsabgeordnete Solkmann hat den Untersuchungen über die Ursachen der Grubentatastrophe in Wsdorf beigewohnt. Er hat an den Beratungen des Unfallausschusses und der vierköpfigen Behörde der Grube Anna 2 sowie an dem Zeugenerhör teilgenommen und mit sämtlichen Behördenvertretern über die möglichen Ursachen des Unglücks Rücksprache gehalten.

Solkmann legt seine Beobachtungen und Erfahrungen in einem Bericht der "Rheinischen Zeitung" nieder, die in mehreren Einzelheften von den bisher bekanntgegebenen Befreiungen abweicht. Es heißt darin u. a.:

Die Untersuchung scheint mit zweifelsfreier Deutlichkeit zu ergeben, daß die ursprüngliche Annahme, es habe eine Sprengstoffentladung stattgefunden, fallen gelassen werden muß. Es wurde festgestellt, daß die letzte Aufladung von Sprengstoff, 3000 Kilogramm Beiterbeton B und 2000 Kilogramm Dynamit Nr. 1, am 16. Oktober erfolgt ist. Diese Sprengstoffmengen wurden nach übereinstimmenden Zeugenaussagen noch am selben Tage in die unterirdischen

Lager geschafft. In der Nähe des Schachtes fanden aber über Tage 150 Liter Benzin zum Füllen der Benzinlampen, der größte Teil der Grubenlampen ist elektrisch. Ein großer Benzinbehälter in der Nachbarschaft, der bis vor kurzem benutzt worden ist, soll nach den übereinstimmenden Aussagen aller Beteiligten, auch Arbeiter, jetzt leer gewesen sein. Die 150 Liter Benzin bringt man jedenfalls mit der Explosion in Verbindung, jedoch bezweifeln insbesondere die Arbeiter, daß das Benzin der Hauptursache des Explosionsunglücks gewesen sei. Die Arbeiter vermuten entgegen der Annahme mancher Fachleute doch eine Schlagwetterexplosion unter Tage. Der gewaltige Aufbruch von unten habe oben das Gas Benzin gerührt und das andauernde Benzin sei durch irgendwelche noch nicht geklärt Einwirkung explodiert und habe das Gebäude in Trümmer gelegt. Der Schacht sei durch den Stoß von unten infolge geworden und nun sei durch die Benzinexplosion ein Rückschlag der Flammen nach unten erfolgt. Dadurch die Schlagwetter entstanden seien, bleibe allerdings auch noch ungeklärt.

Zum Wechsel des preussischen Innenministers.



Der preussische Minister des Innern, Professor Dr. Baentia (rechts), ist völlig überraschend — zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde Reichs- und Staatsminister a. D. Severing (links), der das preussische Innenministerium schon zweimal bekleidet hat, ernannt.

„Der starke Mann“ im Spiegel der Presse.

Das Berlin. Nach dem „Berl. Vol. Anz.“ ist der Wechsel im Innenministerium darauf zurückzuführen, daß Ministerpräsident Braun wieder einen starken Mann im preussischen Innenministerium haben wolle. Ganz ähnlich äußert sich auch die gesamte übrige Berliner Presse, wenn auch die Meinungen darüber geteilt sind, ob man diesen starken Mann begrüßen soll oder nicht. Alle Blätter geben auch ihrer Überraschung wegen der Möglichkeit der Wahlnahme Ausdruck.

Selbst die der preussischen Regierungskoalition nahe stehenden Zeitungen fühlen sich überrascht. Besonders interessant ist die Stellungnahme des Zentrumsorgans, der „Germania“. Das Blatt schreibt: „Der etwas professorale weiche Baentia wird durch den starken Mann ersetzt. Soll das auf eine Verklärung des sozialdemokratischen Einflusses in Preußen hinauslaufen? Dann hätte Herr Braun der Ablehnung der Mißtrauensanträge und der Ablehnung des Antrages auf Landtagsauflösung eine sehr weitgehende und weitgehende Auslegung gegeben. Wir erwarten, daß der neue Innenminister Severing das größtmögliche Maß von Objektivität in allen seinen Handlungen an den Tag legt. Daß die radikale Rechte und Linke nicht über den Staat herfallen, dafür wollen wir alle sorgen.“

Aus der ungeliebten „Germania“ werden allerdings nicht so weitgehende Schlüsse gezogen werden dürfen, denn wie das Nachrichtenbüro des VdZ. erzählt, ist auch die Fraktionaleitung des preuss. Zentrums vorher über ihre Ansicht zur Ernennung Severings befragt worden.

Soll bestritten zeigen sich die sozialdemokratischen und demokratischen Blätter. Der „Vorwärts“ betrachtet die Ernennung Severings als Antwort auf die nationalsozialistischen Diktator- und Schreckensdrohungen. Den Rücktritt Baentias begründet er damit, daß die Situation heute mehr den Volksherrn als den Verwaltungsmann an der Spitze des preussischen Innenministeriums erfordere.

Uebereinstimmend urteilen „F. L.“ und „Vol. Anz.“: „Zur rechten Zeit kommt der rechte Mann auf den rechten Platz.“ Das „Volkswort“ betrachtet es als Severings Aufgabe, die eifrigste Korruption auszumergen, die der Radikalismus in die Verwaltung hineintrug und sich demütigt, und energischer aufzutreten gegen alle nationalsozialistische und kommunistische Fäulnisbildung in der Politik. Das „Volkswort“

„Abendblatt“ schreibt, die Rückkehr Severings verleihe die Garantie für die Aufrechterhaltung der Verfassung der demokratischen Republik in Preußen. Es bezeichnet Severing als einen der besten und einflussreichsten Köpfe der Sozialdemokratie und betont die Reinheit seines Charakters. Die Presse der Rechten befürchtet das Entstehen und lechzt Severing entschieden ab. Nach der „Vossischen Zeitung“ ist die Nachricht von der Ernennung Severings als ein „Kampfsignal gegen die Rechten“ zu führen. Braun fürchte auch wohl die Aktion der Reichsopposition auf Neuwahlen in Preußen und wolle auf jeden Fall, wenn es zu Wahlen kommen sollte, den staatlichen Apparat mit Hilfe eines Innenministers ausbauen, dem er auf diesem Gebiete besondere Fähigkeiten antraue. Die konservative „Arbeits-Zeitung“ betrachtet die Ernennung Severings als ein „Kampfsignal gegen rechts“. Braun habe gemerkt, warum er das Spiel mit Brüning wagt. Er habe es gewonnen und gehe nun brutal mit seinen Abhängigen herauf. Severing als Innenminister sei gleichbedeutend mit dem absoluten Willen der Sozialdemokratie, unter keinen Umständen Preußen aufzugeben. An den Reichskanzler und alle Minister, die es abgelehnt haben, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, stellt das Blatt die Frage, ob sie nun von sich aus die Konsequenzen ziehen und damit dem Zustand ein Ende bereiten wollen, der darauf hinausläuft, die Sozialdemokratie wieder in den Sattel zu heben. In ähnlicher Weise sucht auch die dem Reichslandbund nahe stehende „Deutsche Tageszeitung“ namentlich auf das Zentrum einzuwirken. „Offensichtlich“, so schreibt das Blatt, „glaubt Herr Braun, der Zentrumskanzler Dr. Brüning habe den Trumpf, den er mit der Möglichkeit einer Wendung nach rechts in der Hand hatte, wenigstens für zunächst absehbare Zeit nicht mehr zur Verfügung.“ Gleichzeitig wird auch der Reichsinnenminister Dr. Wirth, der dem Zentrum angehört, angegriffen, weil er die Politik seines Vorgängers Severing besonders im Kampf gegen Thüringen fortgesetzt habe, und das Blatt spricht die Vermutung aus, daß Severing als preuss. Innenminister Herrn Dr. Wirth den Rücken stärken solle.

Deutschnationales Mißtrauen gegen Severing.

Im Einklang mit diesen Protesten der Rechten steht es, daß die deutschnationale Landtagsfraktion — kaum daß der neue Minister ernannt ist — bereits ein Mißtrauensvotum gegen ihn beantragt hat. Ueber Mißtrauensanträge muß nach der preuss. Verfassung innerhalb von 14 Tagen entschieden werden. Der preussische Landtag, der am 4. November wieder zusammentritt, wird sich also sofort mit diesem Antrag beschäftigen müssen.

Graf v. Raldreuth Präsident des Reichslandbundes.

Das Berlin. In Verfolg des Rücktritts des Ministers Schiele vom Amt des vorstehenden Präsidenten des Reichslandbundes trat der Bundesvorsitzende des Reichslandbundes zur Regelung der Präsidentschaftsfrage am 22. Oktober dieses Jahres im Bundeshaushaus zusammen. Nachdem die beiden anderen bisherigen Präsidenten Seidel und Gepp und der vorübergehend in das Präsidium eingetretene Freiherr v. Wilmewitz ihre Ämter dem Bundesvorsitzenden zur Verfügung gestellt hatten, wurden nach Mitteilung des Reichslandbundes zu Präsidenten von gewählt die Herren Seidel, Gepp und Graf von Raldreuth. Zu dem sachgemäß vom Bundesvorsitzenden zu bestimmenden vorstehenden Präsidenten wurde alsdann Graf v. Raldreuth gewählt. Präsident Gepp legte daraufhin sein Amt nieder. Die dadurch von neuem erforderliche Wahl eines 3. Präsidenten soll bei der nächsten Bundesvorsitzendensitzung erfolgen. Der Bundesvorsitzende war einmütig der Ansicht, daß hierfür nur ein Vertreter des bäuerlichen Besitzes aus dem Westen in Betracht kommt.